

Heinz Stehr

**Redebeitrag im Rahmen der Vier-Parteien-Konferenz von KPL, NCPN, PTB und DKP am 17./18. April 2010 in Leverkusen**

(Zur Information: der Redebeitrag mußte vorgelesen werden, da Heinz Stehr infolge von Zugausfällen die Konferenz nicht mehr rechtzeitig erreichen konnte)

Liebe Genossinnen und Genossen,

als wir vor einigen Jahren gemeinsam dieses Projekt entwickelten, gab es auch Zweifel darüber, ob es zu dieser Kontinuität in der Arbeit und zur Qualität in der Aussage kommen würde. Heute können wir eine erfolgreiche Arbeit konstatieren. Diese Feststellung ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, wir dürfen dennoch mit Stolz feststellen: Es ist uns gelungen, in diesem EU-Europa vier kommunistische Parteien zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zusammen zu bringen. Aus meiner Sicht könnte diese Erfahrung auch ein Beispiel für solidarische Zusammenarbeit in Europa oder in EU-Europa zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien sein. Was könnten wir gewinnen, wenn es uns gelänge, so zusammen zu arbeiten, dass wir vor wichtigen Standorten multinationaler Konzerne gemeinsame Aktionen machen, wie es in Antwerpen bereits gelungen ist? Welche zusätzlichen Möglichkeiten gäbe es, um einen Beitrag zu leisten, damit Belegschaftsvertreter von Konzernen die Kämpfe besser organisieren können? An diesen Aufgaben sollten wir arbeiten. Dieser Anspruch sollte auch die Inhalte des Treffens hier in Leverkusen bestimmen.

Ich möchte zu dem Thema „Kapitalistische Krise – Folgen und Herausforderungen – Rolle und Verantwortung der DKP“ sprechen. Insofern möchte ich auch das angekündigte Thema etwas abwandeln. Ich kann und will nicht für vier kommunistische Parteien reden, auch nicht für die hier versammelten. Ich möchte aber den Standpunkt der DKP in die Diskussion einbringen.

Im Programm der DKP, 2006 verabschiedet, in den Forderungen der DKP zu den EU-Parlamentswahlen 2008 und in verschiedenen anderen Materialien haben wir unsere Position formuliert. Lange vor dem Stattfinden dieser Krise haben wir auf entsprechende Entwicklungen und Gefahren und Folgen verwiesen. Diese Krise ist nicht plötzlich entstanden. Sie hat ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus. Eine Gesellschaft, deren Grundlage die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, in der Profit letztendlich der einzige Maßstab für ökonomisches und politisches Handeln ist, kann nicht krisenfrei existieren. Zweifellos handelt es sich jetzt bei dieser Krise um eine große Krise, die bisher nicht überwunden ist, von der man auch nicht weiß, ob es noch sich vertiefende Auswirkungen in der nächsten Zeit geben wird. Es ist eine Krise des Kapitalismus als System in der Auswirkung auf die Lebensbereiche der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Es ist keine Krise des Kapitalismus als Gesellschaftssystem in der Beziehung, dass dieses System durch handelnde Kräfte überwunden werden könnte. Möglichkeiten zur Veränderung des Systems in progressiver Richtung sind bei dem bisherigen Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nicht erkennbar. Eine Krise des Kapitalismus im Sinne einer Systemkrise verlangt eine andere Quantität und Qualität der Entwicklung von politischem Massenbewusstsein und daraus resultierend ein entsprechendes politisches Handeln. Viele Losungen heute sind deutlich antikapitalistisch. Sozialistische Vorstellungen und Politik haben bisher keine Massenbasis. Sozialistische Zielvorstellungen und die Entwicklung des Kampfes dafür sind aber eine Voraussetzung für eine Krise des Kapitalismus als Gesellschaftssystem. Von solchen Entwicklungen sind wir aus meiner Sicht in EU-Europa noch weit entfernt. Dies sollten wir realistisch einschätzen. Die Aussage Rosa Luxemburgs ist höchst aktuell: Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Aktuell sind die Gefahren zur weiteren Rechtsentwicklung in EU-Europa die Herausforderung für linke Politik, so auch für die kommunistischen Parteien.

Diese größte Krise seit dem 2. Weltkrieg hat umfassende Auswirkungen. Einige Fakten dazu: 2009 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland abgestürzt. Das Steueraufkommen sank 2009 um 5,9 Prozent. In Folge der Krise verschärfen sich die Defizite in den Sozialkassen. Die Nettolohnsumme verminderte sich um 1 Prozent und sank auf 636 Milliarden Euro. Einschließlich der Teuerungsrate von 0,4 Prozent machte der Kaufkraftverlust 1,4 Prozent aus. In der Bundesrepublik Deutschland gab es 5 Jahre Reallohnverlust mit insgesamt einem Minus von 6,2 Prozent der Kaufkraft. Gleichzeitig steigen die Vorstandsbezüge, die Boni und variablen Bezüge in den multinationalen Großkonzernen und Banken, die Aktienoptionen wachsen, die Aufsichtsratsstaniemen steigen. Bei den Reichen ist der Aufschwung angekommen. Spitzenreiter ist Deutsche-Bank-Chef Ackermann, der fast 10 Millionen Euro pro Jahr erhält. Die DAX-Konzerne in Deutschland kündigen weiteren Stellenabbau an. Die BASF 1.000 weltweit, BMW 10.000 weltweit, Deutsche Telekom 12.000 in Deutschland, Siemens 17.000 usw. Laut tarifvertraglicher Regelung soll die Arbeitsproduktivität z. B. bei Volkswagen um jährlich 10 Prozent steigen. Da kaum mehr Autos zu verkaufen sein werden, bedeutet dies auch dort in der Perspektive die Gefahr für Arbeitsplätze und Standorte. Die kommunalen Investitionen gehen zurück. Auch das wird zu Lasten vor allem in Mittelstandsbetrieben, in Dienstleistungsbetrieben führen. 38.000 Konkurse im Jahr 2009 bestätigen das anschaulich.

Real findet, bedingt durch fehlende Mittel, vor allem in den Kommunen ein gewaltiger Demokratieabbau statt. Der Darmstädter Oberbürgermeister wurde vor kurzem mit der Bemerkung zitiert, nur noch über 5 Prozent der Haushaltsmittel könne wirklich entschieden werden, alles andere sei bereits vorbestimmt.

Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, zu Jahresbeginn von der Bundesregierung beschlossen, ist ein Reichtumsbeschleunigungsgesetz. Die Unternehmensteuerreform wird zu Gunsten der Unternehmen nachgebessert. Die Hoteliers, Pensionen und Gasthöfe sparen 12 Prozent Steueraufkommen. Die Erben erhalten günstigere Erbschaften zu Lasten von Steuern, die insbesondere den Gemeinden fehlen. Der Bund wird 2010 100 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Am 1.1.2010 betrug die Staatsverschuldung in Deutschland 1.654.875.820.000 Euro. Das sind pro Kopf 20.165 Euro. Die Zinszahlungen an die Banken schröpfen die Haushalte. Das private Geldvermögen ist in Deutschland 2009 auf 4,64 Billionen Euro angewachsen. Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.1.2009 hieß es: „Würden die Reichen dieser Erde ihr Geld ordentlich versteuern, nähmen die Regierungen nach Berechnung des Netzwerkes für Steuergerechtigkeit Taxius Dies mindestens 255 Milliarden Dollar mehr ein. Zum Vergleich: Bei einer Verdreifachung der weltweiten Entwicklungshilfe auf 195 Milliarden US-Dollar könnte die Armut innerhalb von 6 Jahren halbiert und 1 Million Menschenleben durch eine bessere medizinische Versorgung gerettet werden.“

So weit zum oft beschworenen Humanismus in dieser kapitalistischen Welt. Jeder vierte junge Erwachsene lebt in Armut in Deutschland. In Deutschland werden 16,3 Prozent der Kinder unter Bedingungen von Armut groß. Nach einer OECD-Studie ist in der Bundesrepublik Deutschland die Armut besonders hoch. Zurzeit gibt es in Deutschland offiziell 3,25 Millionen Arbeitslose und ca. 1 Million Kurzarbeiter. Nach der unmenschlichen Hartz IV-Regelung müssen zurzeit 6,7 Millionen Menschen in Deutschland leben. Sie existieren weit unter der Armutsgrenze. Die Existenzbedingungen sind menschenunwürdig. Diese Armutszahlen ließen sich so fortsetzen, auch insbesondere, was die Rentnerinnen und Rentner und die ganz jungen Menschen anbelangt.

Ähnliche Entwicklungen sind in Gesamt-EU-Europa und Europa feststellbar. Die Agenda 2010 hat sich als Lüge entlarvt, Armut grassiert für größer werdende Teile der Bevölkerung. Zugleich wachsen die Profite der Reichen. Der neoliberale Kapitalismus entsorgt beschleunigend die bürgerliche Demokratie. Kultur wird mehr und mehr zu einem Privileg für Reiche. Solidarität und Gerechtigkeit verkommen zu Floskeln in Sonntagsreden. Diese Entwicklung hat weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in vielen Ländern bisher dazu geführt,

dass es durchsetzungsfähige Massenbewegungen des Widerstandes gibt. Wir sind solidarisch mit den Abwehrkämpfen in Griechenland. Die DKP wird Veranstaltungen zum 1. Mai mit Referenten der KKE gestalten. Die Realität ist, dass soziale Leistungen weiter zusammengestrichen werden, Demokratie abgebaut wird, Kriegspolitik entwickelt wird zu Gunsten des Profits, vor allem der multinationalen Konzerne und Rüstungsmafia.

In verschiedenen Diskussionen in der DKP haben wir uns mit dieser Situation und den Herausforderungen beschäftigt. Warum gelingt es nicht, zu einer starken Massenbewegung des Widerstandes, möglicherweise sogar für politische Alternativen und Perspektiven, zu kommen, ist eine Frage, die Kommunistinnen und Kommunisten beschäftigen muss.

Einige erste Gedanken zur Diskussion dazu:

1. Nach wie vor wirkt das Prinzip Hoffnung. Menschen glauben an einen bald neu beginnenden Aufschwung. Sie hoffen, dass es einen Wechsel zu besseren Verhältnissen in Kürze geben wird.
2. In der Gesellschaft sind die Angstphänomene weit verbreitet: Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst, den Anschluss zu verpassen. Angst vor einer ungewissen Zukunft. All das prägt das Handeln der großen Mehrheit. Die Alternative, solidarisches gemeinsames Handeln und Kämpfen, ist nur hier und da in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden,
3. Das politische Wissen um die wahren Zusammenhänge, die zu dieser Krise führten, aber auch zu politischen Bewertungen von Alternativen und Perspektiven, ist nicht oder kaum in der Bevölkerung vorhanden. Die Massenmedien vernebeln die Hirne, Events, große Sportereignisse, vieles andere wird den Menschen als wichtiger zur Wahrnehmung empfohlen und suggeriert oftmals eine schöne heile Welt.
4. Die politische Linke in ihrer Vielfalt hat bisher kaum massenwirksame alternativen Positionen entwickeln können, die durch Kämpfe und Auseinandersetzungen zu einem Politikwechsel führen könnten. Und wir müssen uns eingestehen: die kommunistische Bewegung ist nach wie vor schwach und hat nur partiell auf Einzelbelegschaften oder in einzelnen Auseinandersetzungen Masseneinfluss entwickeln können. Die Gewerkschaften führen teilweise Abwehrkämpfe. Vorhandene sozialpartnerschaftliche und auf Co-Management ausgerichtete Politik verhindert eine Politisierung und Mobilisierung.
5. In dieser Situation wirken neofaschistische und reaktionäre Positionen und Konzepte in Teilen der Bevölkerung. Wahlergebnisse in den Niederlanden, Frankreich, Italien signalisieren diese Gefahr. In der Bundesrepublik Deutschland ist es nach einer Meinungsumfrage so, dass 70 Prozent der Bevölkerung sich vorstellen könnten, auch im Sozialismus zu leben, wobei die gleiche Mehrheit dann vor allen Dingen jenen vermeintlichen Sozialschmarotzern die Schuld gibt, dass es zu dieser Krise gekommen ist und weit davon entfernt sind zu erkennen, dass es die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse sind, die letztendlich diese Verhältnisse geschaffen haben. Diese Meinung zum Sozialismus könnte inhaltlich eher auf rechtsreaktionäre Positionen deuten. Andererseits signalisiert dies im Ergebnis auch Chancen für gesellschaftsverändernde kommunistische Politik.

Lässt sich aus meiner Einleitung bisher ableiten, dass es keine Perspektive für kommunistische Politik gibt? Eine solche Schlussfolgerung ist natürlich völliger Unsinn. Wir müssen allerdings die Realitäten erkennen, um ausgehend von diesen Realitäten dann unsere bescheidenen Kräfte so einzusetzen, dass sie mehr Wirkung als bisher erzielen können. Auch hierfür einige Anregungen zur weiteren Diskussion.

Gerade jetzt kommt es darauf an, dass Kommunistinnen und Kommunisten in die Debatten und Auseinandersetzung die Eigentumsfrage einbringen. Die Forderung nach Überführung wichtiger Schlüsselindustrien und von marktbeherrschenden Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle findet eine gewisse Resonanz, zumindest bei linken Kräften und in konkreten Auseinandersetzungen. Antikapitalistische Positionen und Kritik sind in der außerparlamentarischen Bewegung stärker verbreitet, z. B. in der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, als vor der Krise. Sie müssen weiter entwickelt und ergänzt werden durch gesellschaftliche Alternativvorstellungen. Wie kann eine Gesellschaft aussehen, in der es gerechter zugeht? In der Kapitalinteressen nicht mehr die gesellschaftliche Verfasstheit bestimmen? In der Bedürfnisse und Leistungen der Menschen Maßstab für gesellschaftspolitische Entscheidungen sind? Das sind Fragen, an denen solidarisch diskutiert werden muss.

Wir können heute die Sozialismuspropaganda aus drei Quellen stärker entwickeln. Das ist: 1. aus der Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus; 2. aus den Erfahrungen des realen Sozialismus, nicht nur in Europa, z. B. auch aus Kuba und China, und 3. aus den realen gesellschaftspolitischen Verhältnissen des neoliberalen Kapitalismus, indem wir die sozialistische Entwicklung zwingend aus Widersprüchen des Kapitalismus entwickeln. Der Sozialismus/Kommunismus ist die Gesellschaftsordnung, in der Menschen in Übereinstimmung mit der Natur Probleme konstruktiv lösen können. Der Bruch mit den Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus ist eine objektiv notwendige Voraussetzung zur Durchsetzung einer solchen Gesellschaft, in der die Verhältnisse vom „Kopf auf die Füße gestellt werden“ (Engels) und der Mensch erstmalig in der Geschichte der Menschheit im Sinne des Humanismus, von Frieden, Demokratie und Fortschritt existieren kann.

Dies Einfache, das so schwer zu machen ist, wie Bert Brecht es betonte, ist jetzt vor allem die Aufgabe von Marxistinnen und Marxisten, von Kommunistinnen und Kommunisten und ihren Parteien. Um stärkere Wirkung für unsere politischen Ziele erzielen zu können, ist Bewegung unabdingbar, benötigen wir die Voraussetzungen, dass in diesen Bewegungen gesellschaftspolitische Fragen diskutabel werden. Die politische Herausforderung ist aktuell, vor allem die weitere Rechtsentwicklung des neoliberalen Kapitalismus zu stoppen und zu brechen. Das ist nur möglich in einer Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen und von Massenbewegungen, die Mehrheitsmeinungen, die ja bereits vorhanden sind gegen Sozialabbau, für mehr Gerechtigkeit, durchsetzungsfähig zu machen. Zur Durchsetzung benötigen wir auch andere Kampfformen als bisher. In den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland, in der Arbeiterklasse muss die Diskussion auch über solche Kampfformen wie Generalstreik geführt werden mit dem Ziel, politische Forderungen durchsetzungsfähig zu machen. Noch gelingt es dem politischen Gegner, uns und andere linke gesellschaftliche Kräfte auch mit Antikommunismus wirksam zu bekämpfen. Es werden große Teile der Bevölkerung manipuliert und desorientiert. Aber es ist auch eine Zeit der erkennbaren politischen Übergänge. Bisher stabile gesellschaftliche Verhältnisse im Kapitalismus der Nachkriegsperiode brechen jetzt auf. Die Verhältnisse werden instabiler. Das parlamentarische System ist für Teile der Bevölkerung offensichtlich nicht in der Lage, von Mehrheiten geforderte Veränderungen in reale politische Entscheidungen umzusetzen. Das Überbausystem, z. B. die bürgerlichen und reformistischen Parteien, können keine nachvollziehbaren Lösungen für die Auswirkungen der Krise bieten. Die Realität ist, dass alle Parteien und Parlamente ähnliche Konzepte vorschlagen, die dann in der Praxis politische Entscheidungen zu Lasten der übergroßen Mehrheit, zum Vorteil der Bourgeoisie bringen.

Historische Erfahrungen lehren uns, dass in bestimmten Situationen der berühmte „Tropfen“ das „Fass zum Überlaufen“ bringen kann und dass es dann relativ schnell auch zu umfassenden Kämpfen kommen kann mit schnellen Schüben von Bewusstseinentwicklungen, die die Bereitschaft zum Handeln in neuer Qualität weiter entwickeln. Auch auf diese Situation müssen wir vorbereitet sein. Der politische Gegner in der Bundesrepublik Deutschland versucht sich auf solche Entwicklungen vorzubereiten: demokratische Grundrechte werden weiter eingeschränkt, mit Polizei, Geheimdienst und Bundeswehr werden Übungen durchge-

führt, um sich auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen bis hin zu Bürgerkriegen vorzubereiten. Entsprechende Veröffentlichungen sind in der Presse dargestellt worden. Das ist auch der Hintergrund, warum in der Bundesrepublik Deutschland jetzt vehementer als je zuvor der Bundeswehreinsatz im Inneren gefordert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zeiten der Übergänge erfordern gründliches Denken und Nachdenken, kollektive Debatten und Einschätzungen, aber auch mutiges Handeln, die Verarbeitung von Erfahrungen, die Umsetzung von Schlussfolgerungen in Bewegungen. In so einer anspruchsvollen Phase befinden wir uns zurzeit. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Nur so können wir ein politisch stärker werdender Faktor werden.

Ich danke euch.